

## Auftakt zur europäischen Zukunftsdiskussion

*Am 9. Juni starteten Europaministerin Karoline Edtstadler und Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl die Diskussion zur Zukunft Europas. Im Rahmen einer Videokonferenz mit EU-Gemeinderäten wurden kommunale Anliegen deponiert und kritische Fragen gestellt.*

Der 9. Juni war der Auftakt einer groß angelegten [Zukunftsdiskussion in Österreich](#). Europaministerin Edtstadler diskutierte mit mehreren Gruppen – darunter auch mit Bürgermeistern und EU-Gemeinderäten – wie sich die EU weiterentwickeln soll und welche Zukunftsanliegen die Menschen bewegen.

Die [Zukunftsdebatte](#) ist eigentlich ein Schwerpunkt der Von der Leyen-Kommission. Am Europatag im Mai hätte die europäische Auftaktveranstaltung in Dubrovnik stattfinden sollen, seit COVID ist es bei diesem Thema aber still geworden.

Um die Diskussion vorzubereiten und aktiv zu beeinflussen, startet man in Österreich nun mit nationalen Dialogen und Veranstaltungen.

Die Debatte mit den Kommunalvertretern drehte sich natürlich v.a. um kommunale Themen wie Daseinsvorsorge, regionale Wirtschaft und Vergaberecht. Aber auch kritische Fragen zur europäischen Solidarität oder zu künftigen EU-Erweiterungen wurden nicht ausgespart.

Präsident Riedl betonte einmal mehr, wie stark sich die lokalen Dienstleistungen in der Krise bewährt haben und forderte, die autonome Selbstverwaltung und die Organisation der Daseinsvorsorge in Gemeindehand nicht anzutasten. Europa sei wichtig und notwendig in den großen Fragen. Für Klimaschutz und Migration brauche es größere Konzepte. Wie aber Wasserversorgung, Müllabfuhr und Pflege im Detail zu organisieren sind, das solle jede Gebietskörperschaft selbst entscheiden dürfen. Zunehmend kompliziertere Regeln und Richtlinienvorgaben bis auf Gemeindeebene würden nur dazu beitragen, die lokale Selbstverwaltung auszuhöhlen, weil kleine und mittlere Gemeinden nicht mehr in der Lage sein werden, das juristisch komplexe Regelwerk aus eigenen Mitteln umzusetzen. Hier erinnerte Präsident Riedl auch an die europäische Charta der lokalen Selbstverwaltung, die als Grundrechtekatalog der Gemeinden wichtige Autonomierechte festschreibt.

Natürlich kam die Diskussion auch an der Coronakrise nicht vorbei. Neben der Notwendigkeit funktionierender Daseinsvorsorge vor Ort ging es u.a. um die strategische Produktion notwendiger Güter.

Europaministerin Edtstadler griff diesen Punkt als wichtig für die künftigen Diskussionen im Rat auf, Präsident Riedl betonte, dass viele Bürgermeister bereits zu Beginn der Krise gefordert hatten, Europa müsse regionale Produktion in Zukunft stärken und in diesem Zusammenhang auch das Vergaberecht anpassen.

Die flächendeckende Versorgung mit Breitbandinternet stellte sich in Zeiten von Videokonferenzen und Fernlehre als umso notwendiger heraus, eine positive Begleiterscheinung für Edtstadler war die Tatsache, dass sogar das EU-Parlament online arbeiten konnte und der monatliche Umzug nach Straßburg ausgesetzt war.

Auf die Frage nach der Einrichtung einer Bürgermeisterkonferenz, wo nach dem Zufallsprinzip ausgewählte kommunale Entscheidungsträger EU-Recht auf seine Praxistauglichkeit prüfen, wurde auf bereits bestehende Gremien verwiesen. Sowohl der Ausschuss der Regionen als auch der europäische Dachverband RGRE bringen bereits jetzt die Expertise der Gemeinden in den EU-Gesetzgebungsprozess ein. Hier arbeiten Kommunalpolitiker aus ganz Europa zusammen, während es ein Projekt wie die EU-Gemeinderäte nur in Österreich gibt.

Sowohl Edtstadler als auch Riedl wünschten sich, die EU-Gemeinderäte noch besser in die Europaarbeit einzubeziehen. Informationen sollten nicht nur einseitig fließen, sondern von den Gemeinden auch wieder zurück um letztlich die europäische Zukunftsdiskussion noch besser beeinflussen zu können.

Der Gemeindebund setzt sein Serviceangebot natürlich fort und freut sich ebenfalls auf Rückmeldungen und Anregungen in der Zukunftsdebatte.